

Bergarbeiter! Reichstagswähler!

Der Bergarbeiter will kein Faulenzleben, sondern er ist gern bereit, im Dienste des Gemeinwohls pflichtgetreu zu arbeiten; aber für seine pflichtgetreue, schwere und gefährliche Arbeit verlangt der Bergarbeiter einen **anständigen Lohn**, der ihm eine **menschenswürdige Existenz** mit seiner Familie ermöglicht. Der Bergarbeiter verlangt **volle Beachtung seiner Staatsbürgerrechte**, **gerechte Berücksichtigung seines schweren Berufes** durch eine **gründliche Schutzgesetzgebung**. Kein human denkender Mensch wird diese Forderungen ungebührlich nennen.

Wie aber wird dem Bergarbeiter seine opfervolle Tätigkeit gelohnt? Trotz schwerer Schusterei ihres Ernährers leben viele zehntausende Bergarbeiterfamilien in bitterer Armut. Ernährung und Wohnungsverhältnisse sind vielfach aller Kultur spottend. Der letzte Bericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft teilt mit, der durchschnittliche Verdienst der vericherten Bergarbeiter habe, auf 300 Schichten berechnet, **nur 3,96 Mark pro Schicht** betragen! So viel gibt ein Zehnenbäcker schon aus für sein Frühstück. Die reich mit Kindern gesegneten Bergarbeiterfamilien sollen aber mit einem solchen Lohn bei den unerhört hohen Lebensmittelpreisen anständig auskommen. Tausende Familienväter haben sogar noch weit geringeren Lohn. Von Arbeiterwohlstand ist da keine Rede. Der Bergarbeiter ist am Jahresabschluss so blutarm wie am Jahresanfang. Er schafft das Geld zutage für millionenteilsche Nichtsteuer und lebt dabei selbst in bitterer Not.

Durch die skandalöse Verteuerung der Nahrungsmittel infolge des Grenzperren- und Zollwuchersystems

Ist die Lage der Bergarbeiter noch bedeutend verschlechtert worden. Das müssen auch die Zehnenblätter und die Regierungsorgane eingestehen. Ein Unternehmervblatt, die „Bergwerkszeitung“, sagt, wenn heute eine Arbeiterfamilie ein Pfund Fleischmagerung genießen wolle, was durchaus kein Luxus sei, dann müsse dafür allein der dritte Teil des Schichtlohnes gezahlt werden. Wörtlich schreibt die „Bergwerkszeitung“:

„Durch die rücksichtslose Politik zu Gunsten der Agrarier, die keinerlei Entgegenkommen und Berücksichtigung der Industrie kennt, ist es erreicht, daß die Preise für die notwendigsten Lebensmittel eine solche Höhe erreicht haben, die man für die weitesten Schichten des Volkes als unerschwinglich bezeichnen darf. Das ist leider keine Redensart, sondern ein ganz trauriges Faktum.“

Auch das rücksichtslose Zehnenblatt, die „Rheinisch-westfälische Zeitung“, gab zu:

„In der Tat sind die Lebensmittelpreise so stark gestiegen, daß die Löhne dieser Steigerung nicht folgen konnten. Das ganze Lohnmehr wird verbraucht durch die Teuerung. Wäre die Lohnerhöhung den Arbeitern wirklich zugute gekommen, im Ruhrgebiet schwirrten keine Streikgerüchte. So dagegen, kommt der Arbeiter trotz der guten Konjunktur nicht weiter, so noch nicht soweit wie früher, und aus diesem Grunde mag die Forderung der Arbeiter als nicht unverständlich erscheinen.“

Die Bergleute sehen, selbst das dreifache Kapitalistenblatt wagt die Hungerzollpolitik nicht mehr abzuleugnen. Aber auch das Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allg. Zeitung“, erklärte am 17. Oktober die Lohnforderung der Bergleute für berechtigt angesichts der Teuerungsverhältnisse. Durch das Steigen der Lebensmittelpreise seien die Bergleute in Mitleid gekommen, sie lebten schlechter wie früher. Darum verlangten die Bergarbeiter mit Recht 15 Prozent Lohnzulage.

Würde sie aber den Bergleuten bewilligt? Nein! Die Zehnenblätter lehnten jedes Verhandeln mit der Bergarbeiterorganisation ab, die Arbeiterausschüsse wurden nur „anerkannt“, um ihnen zu sagen, die Löhne seien schon gestiegen, sollten weiter steigen; im übrigen würden die **15 Proz. Lohnerhöhung nicht bewilligt!**

Auf einer Reihe Forderungen wurden auch die Arbeiterausschüsse nicht anerkannt, zurückgewiesen, verhöhnt oder gar gemahrt, wie auf der Forderung des Grafen Magni-Neurode, einem Zentrumsführer! So beantwortete man das berechtigte Verlangen der Bergleute nach einer Teuerungszulage. „**Hungert weiter!**“ gab man den Grubenproletariern zur Antwort.

Die Zehnenblätter gaben auch an, die Bergarbeiterorganisation umfasse noch nicht alle Bergarbeiter, sei deshalb nicht die Vertretung der Gesamtheit. Bergarbeiter, das gilt euch, die ihr noch nicht dem Bergarbeiterverbande angeschlossen seid! Ist die gesamte Bergarbeiterchaft organisiert, dann werden die Zehnenblätter nachgeben müssen. Also hört es, Bergarbeiter, handelt eudlich als Männer im eigenen Interesse und schließt euch an

bis zum letzten Mann dem Bergarbeiterverband!

Dann besitzen wir das Mittel, womit die Bergarbeiter einen gerechten Lohn erkämpfen können, wenn wieder die Herren nicht gültige Verhandlungen wollen.

Damit nichts unversucht bleibe im Interesse der Bergarbeiterchaft, beschloß die von sämtlichen Organisationen stark besuchte Bergarbeiter-Konferenz vom 9. November eine

Eingabe an den Reichstag gegen die Lebensmittelverteuerung.

Diese Eingabe, unterzeichnet von den Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes (Sachse), des Christl. Gewerksvereins (Ruhr), des polnischen Gewerksvereins (Silesien), des Vereins zur gegenseitigen Hilfe (Krosch) und des Hirsch-Dunkerschens Gewerksvereins (Sammacher), eruchte den Reichstag, „schleunigst“ einen Beschluß zu fassen, wodurch eine Verbilligung der Lebensmittel, insbesondere des Fleisches herbeigeführt würde.

Die gesamte Bergarbeiterchaft verlangt den **Bruch mit dem Grenzperren- und Hungerzollsystem!**

Was geschah? Vom 11. bis 12. Dezember debattierte der Reichstag über die Lebensmittelteuerung.

Regierung
Konservative
Nationalliberale
Zentrum
Christlich-Soziale

sprachen für Aufrechterhaltung der künstlichen Lebensmittelverteuerung!

Kameraden, beachtet wohl! Auch das Zentrum, das sich brüstet, die Interessen der christlich-nationalen Arbeiterchaft wahrzunehmen, erklärte sich für Beibehaltung der Grenzperren und Hungerzölle! Damit hat sich das Zentrum auch als Feindin des christlichen, des Hirsch-Dunkerschens und des polnischen Gewerksvereins bewiesen, denn auch diese fordern jetzt Abhilfe des Lebensmittelwuchers! In den Jahren 1901/02, als der neue Hungerzolltarif zur Beratung stand, da hat ihn

nur der Bergarbeiterverband

bekämpfte und vorausgesetzt, daß diese Zöllnerlei viel Kraut über die Bergarbeiterchaft bringen würde. Damals haben sich aber die bekanntesten christlichen Gewerksvereinsführer auf die Seite der Zöllner gestellt und haben so mitgeholfen an dem Zustandekommen der Lebensmittelverteuerung. Heute drückt uns die Zollwucherlast, heute senkt die Bergarbeiterbevölkerung unter den unerschwinglich hohen Fleischpreisen, heute müssen Zentrumsblätter, wie „Saarpost“, der „Rachener Volksfreund“, die „Eifener Volks-

ADG 96(2):10

1345 253 01

zeitung", die „Armonia“ etc. zugehen, daß tausende und abertausende Arbeiterfamilien an Verträgen fast gar kein Fleisch mehr kaufen können, und auch die sonstigen Lebensmittel stark verteuert sind! Der berühmte Mediziner Professor Dr. Orth erklärt in einem Vortrag:

„Jede Maßregel, die dem Volk die Nahrung verteuert, fördert auch die Volkskrankheiten, vor allen Dingen die Lungenschwindsucht!“

Die Lebensmittelvertenerung vermittelt der Grenzsperrung und der Zölle ist daher ein **Verbrechen an der Bergarbeiterklasse**, die ganz besonders unter schweren und vielen Krankheiten zu leiden hat. Nicht genug, daß die schwere Bergarbeit den Körper zerrütet, nun wird auch noch durch den Zollwucher der Bergarbeiterklasse eine kräftige Ernährung sehr erschwert, vielfach ganz unmöglich gemacht. Das bedeutet ja d. res. Siedtum, schnelleres Sterben der Knappen. Nach den Berichten der preussischen Knappschafsstassen wurde 1869 das Knappschafsstassenmitglied durchschnittlich mit 55 Lebensjahren Goninvalide; im Jahre 1905 trat die Goninvalidität aber schon im 48. Lebensjahre ein!!! Ein rascheres Absterben! Wenn die besser situierten Staatsbürger sich noch im Vollbesitz ihrer Kraft befinden, dann hat sich der Bergmann schon schon geschütert!!! Aber ohne Erbarmen werden die Grenzsperrungen und die Hungersölle aufrecht erhalten. Der **Zentrumsvertreter Abg. Gerstenberger** höhnte sogar im Reichstag die Arbeiter, indem er sagte, es sei Fleisch genug zu haben, seine Mutter habe mehr wie sie brauche; von der Fleischwahrung würden die Kinder — neivös!

Zu das keine skandalöse Verhöhnung des Volkeselends! Die „Bergwerkszeitung“ vom 23. Dezember 1906 konstatierte, **trug der flotten Geschäftszit seien die Armenlasten der Gemeinden sehr gestiegen!** Also sogar in better Geschäftszeit ist das arbeitende Volk vielfach auf Armenunterstützung angewiesen!!! Zu es da grüßlich, nun auch noch den Nahrungszollwucher zu treiben?

Als im Jahre 1905 die **Staatsverbrecher in Rußland** in barbarischer Weise hunderte und tausende um ihre Menschenrechte kämpfenden Männer und Frauen hinfüschlachten, hat die sozi. demokratische Partei Deutschlands den unglücklichen Opfern dieser Staatsverbrecher eine Geldunterstützung zuteil werden lassen. Da behauptete die Zentrumspresse, von dem nach Rußland geschickten Geld hätten 20000 Mark den Bergleuten gehört, es sei ihnen „gekraut“ worden. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes verlagte darauf den Zentrumsredakteur Pantamer-Eisen, der den „Kraut“ behauptet hatte. Vor Gericht, am 19. Dezember 1906, wollte Pantamer nichts gegen den Vorstand des Bergarbeiterverbandes gesagen und geschrieben haben. Nun sollte das Geld den Bergleuten „gekraut“ sein von dem Parteiführer Werftsch-Berlin. Aber als dann der Verbandsvorstand die eidlische Vernehmung des Kassierers Gerich beantragte, um nachzuweisen, daß von den 20000 Mark auch nicht ein Pfennig für die Bergleute bestimmt gewesen ist, da protestierte der Zentrumsagitor gegen die Vernehmung Gerich und verhinderte dessen Ladung! Er hat man schwer verdächtigt, jüder verhinderte der Verächter die vollständig Aufdeckung der Wahrheit! Da es sich um eine Wahllüge handelte, für die das Gericht dem Vagner den „Schuß bereitester Interessen“ zubilligte — Sozialdemokraten sind nicht so gnädig behandelt worden — wurde Pantamer zwar nicht bestraft, aber das Gericht urteil führte aus:

„Die Vorstandsmitglieder des Bergarbeiterverbandes sind Ehrenmänner, denen man nicht nachjagen darf, sie hätten Bergarbeitergelder widerrechtlich verwendet!“

Dieses Ehrenzeugnis stellte das Gericht dem von dem Zentrumsagitor schwer verdächtigten Vorstände des Bergarbeiterverbandes aus. Später hat auch der Herr Erzbischof Dr. Fischer von Aöln für die Opfer der russischen Staatsverbrecher eine Geldsumme gespendet! Und auf dem Internationalen Bergarbeiterkongress 1906 in London haben auch die christlichen Gewerkschaftsdelegierten einer **Empathieresolution für die russischen Revolutionäre zugestimmt!** Dadurch ist nun vollkommen bewiesen, daß die sozialdemokratische Partei im Sinne der Menschlichkeit handelte, als sie die Opfer der russischen Revolution mit Geld unterstützte, über die der Parteivorstand allein das Verfügungsrecht besaß.

Da damals die Zentrums- und Zedenspresse läugerlich ein großes Geschrei machte über die „Verwendung von Arbeitergroschen“ im Auslande, so ist es sehr lehrreich, nun festzustellen, daß der Zentrumsführer Erzberger in seiner neuesten Broschüre mitteilt, es seien

über 400 Millionen Mark Volksvermögen über 2000 Menschenleben geopfert

worden innerhalb drei Jahren allein

für die wertlosen afrikanischen Sandwüsten!

Und diese wahnsinnige Verschwendung von hunderten Millionen Mark (vorzüglich Arbeitergroschen!) und des Menschenblutes haben die **Konservativen, die Nationalliberalen und vornehmlich das seit 1890 im Reichstag ausschlaggebende Zentrum auf dem Gewissen!**

Um diese wahnsinnige Geldverschwendung zu ermöglichen, wird das arbeitende Volk mit **Hungersölten und Verbrauchssteuern** auf seine notdürftige Nahrung belahet! Denn aus diesen Zölten und Steuern zieht das Reich seine wichtigsten Einnahmen! Was in Afrika im Sande verpulvert wurde, mußte sich die ärmste Bergarbeiterfamilie mit vom Munde absparen!

Von den großen Parteien des Reichstages hat nur die

Sozialdemokratie die Geldverschwendung, die Grenzsperrung und Hungerspolitik bekämpft!

Die Sozialdemokratie trat also ein für die Forderung der Bergarbeiterkonferenz, für die Forderung auch der christlichen Gewerkschaftenmitglieder. —

Ist das Bergarbeiterleben geschützt?

Traurig empörend sieht es mit dem Bergarbeiterstand aus. Der ehemals so hochgeachtete, mit besserem gesellschaftlichen Schutz und bürgerlichen Vorrechten ausgestattete Knappe ist zum geschübten und gemißhandelten Lohnsklaven herabgedrückt worden. Die Zedensherren haben sich schon frühzeitig vereinigt, die Bergmannschaft läßt sich vielfach noch bis auf den heutigen Tag von ihren Klaffengegnern verhexen und zerplittern. Bergleute, wenn ihr eure **Menschenwürde** vollaus geachtet wissen wollt, dann laßt euch nicht mehr zerplittern, seid einig, wie die Zedensherren es längst sind. Kameraden

treten dem Bergarbeiterverband bei!!!

Überall sind die Vertrauensleute des Verbandes und jedes seiner Mitglieder bereit, Anmeldungen für den Bergarbeiterverband entgegenzunehmen. Er ist eher älterer, tüchtiger, bewährter Schutz und Schirm. Keine Arbeitergruppe hat es so nötig, sich eine gewaltige, einheitliche Schutz- und Trutzorganisation zu schaffen wie die Bergarbeiterklasse. Denn wie wird sie behandelt?

Die letzten 50 Jahre **privatkapitalistischer Grubenausbeutung** haben oft gesehen wird erregte Kämpfe der Bergarbeiter um ihr Menschenrecht. Seitdem 1865 das „miserable“ Allgem. Preuß. Berggesetz, (dem die anderen Landesberggesetze meistlich nachgebildet sind) die Bergleute vollständig „frei“ dem Kapitalisten ausgeliefert hat, ging es bergab mit dem unglücklichen Bergsklaven. Das **Unglück der Bergleute** ist, daß die Berggesetzgebung den **Landlagen überlassen** blieb, auf denen die Arbeiter keinen Einfluß ausüben können wegen des reaktionären Wahlrechts. Was im Reichstag hinsichtlich des Arbeiterjahres und der Arbeiterversicherung beschlossen wurde, das ist entweder garnicht oder nur teilweise auch den Bergleuten zuteil gekommen. Ja es wurde **sonar zur Beschneidung aller Bergarbeiterrechte** auf dem **Gebiete des Knappschafswesens** benutzt, z. B. der Abzug der Knappschafspension, wenn Reichsinvalidenrente bezogen werden kann. Ferner das

Attentat auf das Vereinsrecht der Bergleute

in Sachsen, wo der Landtag es ermöglichte, daß streikenden Bergleuten die Rechte auf Knappschafspension verloren gehen! Das hat die Bergarbeiterklasse erdulden müssen und mußte noch dazu hören, wie die Bergmannsleute sich brühten mit ihrer „großen Fürsorge für die Bergarbeiter“. Zu den Prügeln erhielt der Knappe noch den Hohn.

Seit 1869 (Waldenburg) bis 1905 (Generalsstreik im Ruhrgebiet) haben die Bergleute Deutschlands in vielen kleineren und mehreren riesigen Arbeitseinstellungen versucht, sich ein besseres Los zu erkämpfen; in unzähligen Eingaben und Petitionen an Regierung und Parlament haben die Knappen versucht, die Gesetzgebung für den Bergarbeiterstand in Bewegung zu bringen. Alles vergeblich — bis wie ein gewaltiger Gewittersturm der

Streik von 200000 Bergleuten

im Januar 1905 einherbrauste. Vor dieser Elementarkraft bestimmten selbst manche unverdächtige Bergarbeiterbejchämper. Nur die „hohnationalste“ Syndikatspresse betrieb ihr Handwerk der Bergarbeiterverleumdung weiter. Die Regierung versprach ein **Bergarbeiterlohngesetz!**

Und nun beginnt ein neuer, allen Beteiligten unvergesslicher Abschnitt des erschütternden Bergarbeiterdramas.

Zunächst, die Regierung hatte den Bergleuten das lange geforderte Schutzgesetz versprochen — und was haben die Knappen erhalten?

Steine statt Brot!

Die Konservativen und Nationalliberalen haben die Regierungsvorlage total verhunzt, höhnernd haben sie der Regierung die Fäule geworfen, mit empörenden Schimpfreden haben sie die um Lebensidung kämpfenden Bergleute zu beschuldigen versucht! Mit kaltem Hohn sprachen Konservative und Nationalliberale über das Wohl und Wehe der Bergleute. Bergleute, vergeht nicht:

es waren nationalliberale Parteiführer,

die die bössartigsten Verschlingungen an der Regierungsvorlage beantragten und durchsetzten! Die Nationalliberalen geben vor, den evangelischen Volksteil vornehmlich zu vertreten, aber gerade die Nationalliberalen haben die Forderungen auch der evangelischen Bergarbeiter mit Füßen getrampelt!!! Den unflätigen Beschimpfungen der schwerleidenden Bergleute spendeten im Landtage Junker, Konservativ und Nationalliberale förmlichen Beifall. Diese Herren wollen am Wahltage eure Stimmen haben, Bergleute merkt wohl!

Nicht weniger groß, nur in anderer Beziehung verurteilenswert, ist die

Schuld der Zentrumspartei

an dem unterbliebenen Bergarbeiterschutzgesetz. Sie hat den Bergleuten ein gutes Gesetz, mindestens so gut wie die Regierungsvorlage, versprochen und hat dann doch ihr Wort gebrochen!

Am 6. Februar 1906 (noch während des Streiks) erklärte das führende Zentrumblatt „Münchener Volkszeitung“, diesmal würde den Kohlenpächern mit den sieben Kohlenweibern klar gemacht werden, daß ihre „dividendenmarkte Selbstherrlichkeit“ ein Ende haben müsse. Das verbreitete Zentrumblatt des Ruhrgebiets, die „Eisener Volkszeitung“ schrieb am 11. Februar (zwei Tage nach dem Streikbruch):

„Es wäre der schändlichste Kontraktbruch, der an den Bergleuten begangen werden könnte, wenn das Versprechen auf gesetzliche Regelung des Bergarbeiterschutzes nicht in befriedigendem Maße gehalten würde.“

Als die Regierungsvorlage kam, im Landtage besprochen, von der Berggesetzkommission total verhunzt war, schrieb die Zentrumspresse:

„Der Reichskanzler hat sein Wort verpfändet; wenn der Landtag nicht mindestens die Regierungsvorlage annimmt, geht das Zentrum an den Reichstag.“

Also weniger wie die Regierungsvorlage wollte das Zentrum nicht annehmen, das versprach es heilig und terner den Bergleuten vor dem ganzen Volke. — Im Mai 1906 schrieb die Zentrumspresse:

„Kein Kompromiß, keine Versäglichung, der Reichstag ist uns sicher. — Gar nichts ist immer noch besser wie was falsches — das Zentrum wird mindestens die Regierungsvorlage gutheißen, oder aber an den Reichstag gehen!“

An demselben Tage, 22. Mai, wo so das Zentrum die Bergarbeiter noch in der Hoffnung wiegte, es würde kein Säumdreieck bewilligen, sondern ein Reichsberggesetz schaffen, an demselben Tage erklärte im Landtage namens seiner Fraktion der Zentrumsadgeordnete Weisler:

„Wir müssen hier eine Reichsberggesetzgebung verhindern!“

Und am 26. Mai stimmte das Zentrum geschlossen der total verhunzten Berggesetznovelle zu, über die dann der „christliche Bergknappe“ das Urteil fällte:

Steine statt Brot!

Empörender, skandalöser sind die Bergleute niemals um ihren Lebensidung betrogen. Aber wieder sollte die Wahrheit vertuscht werden. Als das Schundgesetz angenommen, die Bergleute um die Früchte ihres opfervollen Kampfes betrogen waren, da ließ die Zentrumspresse noch die bodenlose Unverschämtheit zu lägen, das Schundgesetz sei besser wie die Regierungsvorlage.

Ja es geschah das Unglaubliche, daß christliche Gewerkschaftsführer, die nach Annahme des Gesetzes empört erklärten: „So sind den Bergleuten Steine statt Brot gegeben, das Gesetz hätte abgelehnt und sofort ein Reichsberggesetz geschaffen werden müssen“ — daß dieselben Gewerkschaftsführer plötzlich erklärten (um dem Zentrum das Eisener Reichstagsmandat zu retten!): Das Gesetz enthalte Vorteile für die

Bergleute! Die Gewerkschaftsführer behaupteten z. B., die „Arbeiterauschüsse“ seien eine „große Bewilligung“. Wozu aber die Arbeiterauschüsse wirklich benutzt werden, das hat den Bergleuten die letzte Lohnbewegung gezeigt. Die „Arbeiterauschüsse“ sollen die

Bergarbeiterorganisation lahmlegen!

Das ist der Zweck, er ist bei der Lohnbewegung zutage getreten. Das haben dann auch die Gewerkschaftsführer eingesehen. Die Arbeiterauschüsse haben nicht mal das gesetzliche Recht, in Lohnfragen mitzureden, was auch von Gewerkschaftsführern scharf verurteilt wird. Deshalb sei festgehalten, daß, als in der Berggesetzkommission von dem Abg. Wolf-Pissa beantragt wurde, den Arbeiterauschüssen auch das Mitwirkungsrecht bei Lohnfreilegungen zu geben, da haben Konservative, Nationalliberale, aber auch die

Zentrumslente gegen dieses wichtigste Recht der Arbeiterauschüsse gestimmt!

Und für diese Zentrumspartei agitierten jetzt noch immer die christlichen Gewerkschaftsführer, lassen sich sogar als Zentrumskandidaten aufstellen!!! Was sagen die Bergleute dazu?

Es hieß anfangs, die „christlich-nationale Arbeiterchaft“ würde bei der Reichstagswahl eine besondere „christlich-nationale Arbeiterpartei“ bilden, weil keine der bürgerlichen Parteien genügend für die Arbeiter eintritt. Nun auf einmal wird bekannt gemacht: Die christlichen Gewerkschaftsführer sind zusammen gewesen und haben beschlossen, einmütig für das „Zentrum einzustimmen“. Es handelt sich um für alle Gewerkschaftsführer. Nunmehr haben evangelische Arbeitervereine gegen die Zentrumsmache der Gewerkschaftsagitatoren protestiert! Die Gewerkschaften sind hatungemäß „interkonfessionell“, d. h. evangelische und katholische Mitglieder sollen gleiche Rechte haben. In diesem Wahlkampfe enthalten sich die „christlichen Gewerkschaften“ aber als Zentrumsmaschinen, denn die Gewerkschaftspresse agitiert fränkm gegen Konservative, Nationalliberale, Freisinnige und Sozialdemokratie. Nur die Zentrumspartei wird von der angeblich „neutralen“ Gewerkschaftspresse nicht angegriffen, obgleich das Zentrum für die Grenzverre, Hungerzölle eintritt, die Reichsschuldenslast mitbewilligt und gegen eine Reichschristliche Gewerkschaftsförderung stimmt! Die dem Gewerkschaften angehörenden evangelischen Mitglieder wollen von dieser diensthellung der christlichen Gewerkschaftsagitator für die Zentrumspartei nichts wissen. Der „Evangelische Arbeiterbote“ fordert die Arbeiter auf, gegen das Zentrum zu stimmen, es sei der schlimmste Feind des Vaterlandes. Trotzdem werden die christlichen Gewerkschaften, in denen alle Angehörigen gleichberechtigt sein sollten, nur für die Zentrumspartei ausgehütet. Daß es so kommen würde bei den Reichstagswahlen, haben wir lange vorausgesagt.

Der Bergarbeiterverband hat das Nichtige getroffen. Er kümmert sich als Organisation nicht um den Konfessions- und Parteifreie, sondern verlangt von allen Bergleuten: Seid einig! Bei den politischen Wahlen fordert der Bergarbeiterverband als Arbeiterorganisation die Bergleute auf: Gibt keine Stimme einer Partei, die Joschwader treibt und den Bergarbeiterschutzhunzt hat! Das ist die richtige, vom Bergarbeiterverband betriebene Arbeiterpolitik.

Der Bergarbeiterverband hat das Schundgesetz sofort beim rechten Namen genannt, der Bergarbeiterverband hat auch hierin wieder sich als unerschütterlicher Vertreter der Bergarbeiterchaft bewiesen. Denn wie ist wirklich das Gesetz? Im November 1906 haben die Vorstände sämtlicher Bergarbeiterorganisationen sich schon wieder an den Reichstag wenden müssen und ihn dringend ersucht, doch einen

reichsgesetzlichen Bergarbeiterschutz

zu schaffen! So sehen die „Vorteile“ des Schundgesetzes aus, die 1905 zum Lobe des Zentrums von den Gewerkschaftsführern Effert, Imbusch, Klost, Giesberts, Köhler, Hüfies, usw. gerühmt worden sind. Derselbe Gewerkschaftsführer Effert, der 1905 zuerst das Gesetz „Steine statt Brot“ in auf einmal „Vorteile“ entdeckte, derselbe Gewerkschaftsführer Effert urteilte dann wieder am 7. Mai 1906 im „Christlichen Zentralblatt“:

„Die schlimmsten Befürchtungen sind eingetroffen bei der Gesetzesauslegung. Eine Anzahl Bergleute wurden erst ruhig, als ihnen die Grundbesitzer erklärten: Es bleibt alles beim Alten!“

Das heißt: Noch schlimmer wie das frühere kann das neue Gesetz angelegt werden. Das hat der Bergarbeiterverband stets behauptet, er wurde deshalb von Gewerkschaftsführern der

„Sebe“ bezieht, und heute weiß jeder Bergmann, daß der Bergarbeiterverband vollkommen richtig geurteilt hat.

Der preussische Bergarbeiteritag, welcher 1905 in Berlin tagte, verlangte ein **arbeiterschützendes Reichsberggesetz**; jedoch der Landtag kein gutes Geistes genutzte. Trotzdem ist auch vom Zentrum das Schindgesetz angenommen worden, das Zentrum stimmte also auch hier wieder gegen die **Anträge der christlichen Gewerkschaften**. Später wurde beabsichtigt, es sei keine Aussicht auf ein Reichsberggesetz gewesen. Dann hätten die Zentrumleute es nicht bis zum letzten Augenblick versprochen dürfen! Es war aber doch Aussicht auf ein Reichsberggesetz, wenn das Zentrum nur nicht so eifrig hinter den Kulissen kompromittiert und gehandelt hätte. Die Regierung (Minister Müller) erklärte noch am 2. Juni 1905 im Herrenhaus, wenn die betr. Anträge angenommen würden, dann müsse die preussische Regierung den Gesetzesentwurf zurückziehen und der Reichstag würde sich mit dem Bergarbeiterschutz befassen! Und während im Sommer 1905 die Zentrumspreffe im Essener Reichstagswahlkampf behauptete, das Gesetz enthalte „Vorteile für die Arbeiter“, sei „eigentlich besser wie die Regierungsvorlage“, da schrieb das Essener Zentrumsbüro vom 25. Oktober 1905:

„Die Berggesetznovelle bietet den Bergleuten zumeist **Steine statt Brot** (!) . . . Im Reichstag wäre die Berggesetznovelle und die Knappschaftsnovelle auch niemals so verunstaltet (!) worden, wie es jetzt geschehen ist!!!“

Hört, hört, Bergleute! 1905 sollte das Berggesetz „Vorteile“ für euch enthalten, da sollte es „besser sein wie die Regierungsvorlage“, da sollte im Reichstag überhaupt keine bessere Aussicht sein — und ein Jahr später gibt die Zentrumspreffe ihren **Verrat an dem Bergarbeiterwohl** selbst zu! Nun genug der Worte — Bergleute, wenn ihr am 25. Januar zur Wahlurne geht, dann nehmt

Rache für den Bergarbeiterverrat!

Steine statt Brot hat das von den Konservativen, den National-Liberalen und dem Zentrum genehmigte Bergarbeitertruggesetz dem armen Knappen geschenkt! Vom Landtage ist nichts anderes zu erwarten. Wir fordern deshalb vom Reichstage ein **Bergarbeiterschutzgesetz** und der neue Reichstag wird darüber entscheiden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat schon 1894, seitdem immer wieder, ein Reichsberggesetz gefordert. Auch in dieser Beziehung vertritt die Sozialdemokratie die Forderungen der geplagten Bergleute. Die Knappen haben dringend nötig ein gründliches Schutzesgesetz.

Immer höher steigt der Blutstrom in den Gruben!
Zu der Knappe sich abfinden muß, um seinen Lohn zu bekommen, deswegen kann vielfach nicht vorzüglich genug gearbeitet werden. **Entsetzlich sind die Unfallzahlen angeschwollen!** 1886 wurden in Deutschland 22 497 Bergarbeiterunfälle angemeldet, im Jahre 1905 waren es schon 31 871. Auf 1000 Kameraden kamen 1886: 65, im Jahre 1905 schon 126 Unfälle! Und immer höher steigt die blutige Flut, Tag für Tag melden die Zeitungen schwere und tödliche Unfälle aus den Grubenbezirken, Tag für Tag senken arme Grubenproletarier im Schachte ihr Leben aus. Ein Wasserg Grab reichte sich an das andere.

Von 1886—1905 berichtet die Knappschaftsberufsgenossenschaft über **20738 getötete Bergarbeiter! 81587 Schwerverletzte! 93622 Bergarbeiterunfälle insgesamt!!!**

Das ist die **Bergarbeiterherrlichkeit!** Das ist der „Segen der Industrie“ für die Bergarbeiter! Zur Schicht zieht der Knappe sein Totenhemd an, zerquetscht bringt man ihn zu Tage, oder gar keine Leiche liegt monatelang im zusammengebrochenen Schacht! Das ist des armen Bergmanns Sterben! Herzzerrend jammern zehntausende Witwen und Waisen um ihre verunglückten Lieben! Warum wird diesem Ungeheuerlichen nicht nach Möglichkeit gesteuert? Warum besitzen wir keine gründlichen Bergarbeitertruggesetze? **Der unerfättliche Kapitalismus duldet es nicht!** Dieses entsetzliche System wollen die anderen Parteien mit Schönheitspflasterchen besetzen. **Gründlich, mit entschlossener Konsequenz bekämpft nur die Sozialdemokratie den menschenzerstörenden Kapitalismus!**

„Die Sozialdemokratie ist die politische Vertretung der Arbeiter“

erklärt nun auch das von der Regierung herausgegebene **Reichsarbeneisblatt**. Merkt es euch, Bergleute, handelt danach am 25. Januar.

Bergarbeiter Deutschlands, am Wahltag ist es Zeit, zu denken an die erbitterten, opfervollen Kämpfe, die seit Jahrzehnten die entrechteten Knappen gegen ihre kapitalistischen Feinde führen mußten. Am Wahltag mögen die schleichen, sächsischen, mitteldeutschen, süddeutschen, saarbrücker-lothringischen und rheinisch-westfälischen Grubenproletarier heinzahlen, was ihnen von den „nationalen“, „patriotischen“ und „auch-christlichen“ Kapitalisten angetan wurde an Schimpf, Hohn, Verachtung, Maßregelung, Lohndruck und Verweigerung des Lebenslohnes. Kameraden, die ihr den **gewaltigen Generalkampf 1905** mitgekämpft, miterlebt, miterlitten habt, wie könnt ihr diese Zeit vergessen?

Herzlos blieben die Zechenherren

auf ihrem Standpunkt bestehen: **Knechtung, kein Verhandeln!** Kochend vor unbeschreiblichem Ingrimm liegen die tapferen Kämpfer wieder in die Tiefe, vielfach mit heissem Hohn, aufreizender Mißhandlung empfangen. Tausende wurden zuerst schroff zurückgewiesen, hunderte sind wochenlang, monatelang gemahregelt geblieben. Manche sind es noch immer.

Aufgemuntert hat die „nationale“ Presse noch vielfach zur brutalsten Niederwerfung der tapferen Bergarbeiter. Gejähelt haben die kapitalistischen Preßgebilde über jeden Kampf, der dem mißhandelten Bergmann verloren ging, über jeden Faustschlag, der das Gesicht des Knappen traf! Könnet ihr das vergessen, Kameraden?

Niemals diese Schmach vergessen!

Das ist der Wahlkampf eines jeden Bergarbeiters am 25. Januar. Man hat euch geschlagen und getreten, man hat höhnisch gelacht über euren ingrinnigen Schmerz.

Nebt Vergeltung am Wahltag! Wahltag ist Zahltag!

Als sozialdemokratische Kandidaten werden den Bergarbeitern vorgeschlagen:

Wahlkreis Hamm-Soest: Buchdrucker **Heinrich Becker**, Dortmund.

Wahlkreis Dortmund-Hörde: Maurer **Theodor Bömelburg**, Hamburg.

Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen-Hattingen-Witten: Redakteur **Otto Hue**, Essen.

Wahlkreis Recklinghausen-Borken: Redakteur **Franz Potorny**, Bochum.

Wahlkreis Hagen-Schwelm: Arbeitersekretär **Max König**, Dortmund.

Wahlkreis Essen: Redakteur **Wilhelm Gewehr**, Elberfeld.

Wahlkreis Duisburg-Mülheim: **Clemens Hengsbach**, Köln.

Wahlkreis Moers-Rees: **Rudolf Bühler**, Essen.

„Hebe“ beichtigt, und heute weiß jeder Bergmann, daß der Bergarbeiterverband vollkommen richtig geurteilt hat.

Der preussische Bergarbeiterkongress, welcher 1905 in Berlin tagte, verlangte ein **Arbeiter-schützendes Reichs-Berggesetz!** Jochen der Landtag kein gutes Geheß genehmigte. Trotzdem ist auch vom Zentrum das Schindgesetz angenommen worden, **das Zentrum stimmte also auch hier wieder gegen die Anträge der christlichen Gewerkschaften!** Später wurde beehönet, es sei keine Aussicht auf ein Reichsberggesetz gewesen. Dann hätten die Zentrumleute es nicht bis zum letzten Augenblick versprochen dürfen! Es war aber doch Aussicht auf ein Reichsberggesetz, wenn das Zentrum nur nicht so eifrig hinter den Kulissen kompromittiert und gefühthandelt hätte. Die Minister (Minister Müller) erklärte noch am 2. März 1905, wenn die berr. Vorträge angenommen, preussische Regierung den Geheßentwurf Reichstag würde sich mit dem Berggesetz während im Sommer 1905 die Zentrumtagswahlkampf behauptete, das Geheß „Arbeiterkraft“, sei „eigentlich besser“ was da schrieb das Essener Zentrumblatt.

„Die Berggesetzvorlage bietet Steine statt Brot (!) . . . In der Berggesetzvorlage und die Knappschäftsverunstaltet (!) worden, wie es sich

Hört, hört, Bergleute! 1905 sollte das euch erhalten, da sollte es „besser“ sein, da sollte im Reichstag überhaupt keine ein Jahr später gibt die Zentrumspieß Bergarbeiter wohl selbst zu! Nun wenn ihr am 25. Januar zur Wahl

Rache für den Bergarbeiter

Steine statt Brot hat das von den Liberalen und dem Zentrum genehmigte armen Knappen geschenkt! Von Land erwarten. Wir fordern deshalb vom **Arbeiter-schützendes Reichs-Berggesetz** und der neue Abscheiden. Die sozialdemokratische schon 1894, seitdem immer wieder, ein Auch in dieser Beziehung vertritt die Sozialdemokratie die geplagten Bergleute. Die Knappen gründliches Schindgesetz.

Immer höher steigt der Blut der Knappen sich abfinden muß, und deswegen kann vielfach nicht vorwärts. **Entschuldig sind die Unfallzahlen** wurden in Deutschland 22 497 Bergarbeiter im Jahre 1905 waren es schon 31 871 im Jahre 1886: 65, im Jahre 1905 schon höher steigt die blutige Blut, Tag für Tag schwere und tödtliche Unfälle aus den Gruben armen Arbeiterproletariat im Schindengrab reichte sich an das a

Lebt Bergeltun

- Als sozialdemokratischer Kandidat
- Wahlkreis Hamm-S
- Wahlkreis Dortmund
- Wahlkreis Bochum-
- Wahlkreis Heddingh
- Wahlkreis Hagen-Schwelm: Arbeitersekretär **Max König**, Dortmund.
- Wahlkreis Essen: Redakteur **Wilhelm Gewehr**, Elberfeld.
- Wahlkreis Duisburg-Mülheim: **Clemens Hengsbach**, Köln.
- Wahlkreis Moers-Rees: **Rudolf Bühler**, Essen.

Von 1886—1905 berichtet die Knappschäftsberufsgenossenschaft über 20738 getötete Bergarbeiter! 81587 Schwerverletzte! 936622 Bergarbeiterunfälle insgesamt!!!

Das ist die „Bergarbeiterherrlichkeit!“ Das ist der „Segen der Industrie“ für die Bergarbeiter! Zur Schicht zieht der Knappe sein Totenhemd an, zerquetscht bringt man ihn zu Tage, oder gar seine Leiche liegt monatelang im zusammengebrochenen Schacht! Das ist des armen Bergmanns Sterben! Herzzerrend jammerlich zehntausende Witwen und Waisen um ihre verunglückten Lieben! Warum wird diesem Ungeheuerlichen nicht nach Möglichkeit gesteuert? Warum besitzen wir keine gründlichen Bergarbeiter-schützendes **unerfättliche Kapitalismus** **Duldet es nicht!** Das alte System wollen die anderen Parteien mit lächerlichen belieben. **Gründlich, mit Konsequenz bekämpft nur die Sozialdemokratie die menschenzerstörerischen Kapitalismus!**

Sozialdemokratie ist die politische Vertretung der Arbeiter!

auch das von der Regierung herausgegebene „Reichs-Merket es euch, Bergleute, handelt danach am 25. Januar, 1905, am Wahltag ist es Zeit, zu denken, die Knappen gegen ihre kapitalistischen Feinde führen müssen, mögen die schleichenden, sächsischen, mitteldeutschen, sächsischen-lothringischen und rheinisch-westfälischen Karrier heimzahlen, was ihnen von den „nationalen“, „christlichen“ Kapitalisten angetan wurde. Lohn, Verachtung, Maßregelung, Lohndruck und Verlesung des Lebens. Kameraden, die ihr den **gewaltigen Kampf 1905** miterlebt, miterlebt habt, wie diese Zeit vergessen?

Herzlos blieben die Zechenherren

Standpunkt bestehen: **Knechtung, kein Verhandeln!** unbeschreiblichem Ingrimm stiegen die tapferen Kämpfer die Tiefe, vielfach mit heissem Hohn, aufreizender empfangen. Tausende wurden zuerst schroff zurückgedrängt sind wochenlang, monatelang gemahregelt geblieben, es noch immer.

unter hat die „nationale“ Presse noch vielfach zur Niederwerfung der tapferen Bergarbeiter. **Geißelt** kapitalistischen Preßbödlunge über jeden Kampf, der dem Bergmann verloren ging, über jeden Faustschlag, der des Knappen traf! **Könnet ihr das vergessen, Kameraden?**

Niemals diese Schmach vergessen!

st der Wahlkampf eines jeden Bergarbeiters am Man hat euch geschlagen und getreten, man hat höhnisch eueren ingrinnigen Schmerz.

Wahltag ist Zahltag!

- den Bergarbeitern vorgeschlagen:
- Dr. Becker**, Dortmund.
- Dr. Bömelsburg**, Hamburg.
- Redakteur **Otto Hue**, Essen.
- Franz Bokorny**, Bochum.

Das Zentral-Wahlkomitee.

